



Passende Geschäfte

Nationalität gilt als Teil der Identität. Doch nun verkauft Malta EU-Pässe. Ein globaler Trend: Der Weltbürger wählt und kauft sich heute die Nationalität, die passt. **Von Matthias Knecht, Miami**

Für Wintermüde hat Terry Scanlan ein besonderes Angebot. Er verkauft Anteile an Traumvillen auf der Karibikinsel Nevis, ab 472 200 Dollar, inklusive Strand und Golfplatz. Zur Belohnung erhält der Investor die Staatsbürgerschaft von St. Kitts and Nevis. Das zieht. Seit rund zwanzig Jahren ist Scanlan im Kuppelgeschäft von Immobilien und Staatsbürgerschaften. Anfangs waren die meisten Investoren Bürger der USA. Heute kommen sie aus aller Welt. Auch einer saudiarabischen Familie verhalf Scanlan jüngst zu Pässen der Karibikinsel, nebst Villa daselbst. Natürlich nicht als Fluchort vor dem Winter, sondern als Schlüssel zur Welt. Der Pass der Insel erlaubt visafreies Reisen in rund 130 Staaten.

Pass gegen Geld: Was St. Kitts and Nevis 1984 erfand, wird inzwischen weltweit kopiert, unter dem unverfänglichen Fachbegriff «Global Citizenship», globales Bürgerrecht. Einen Einblick gab diese Woche in Miami die alljährliche Experten-Konferenz zum Thema, organisiert vom Branchenführer Henley & Partners. Das weltweite Netzwerk von Juristen mit Holdingsitz auf der britischen Insel Jersey berät Millionäre bei der Frage, wo in aller Welt sie sich am besten ein zweites Standbein aufbauen. Und es hilft Regierungen, die um die Wohlhabenden der Welt buhlen.

Rund 100 000 vermögende Familien weltweit - Tendenz steigend - sind auf der Suche nach einem zweiten Pass oder zumindest einer Aufenthaltsbewilligung in einem sicheren Land, für den Fall der Fälle. Auf diese Grösse schätzt man bei Henley & Partners den potenziellen Markt. Für Aufsehen sorgten dieses Jahr der französische Schauspieler Gérard Depardieu, der zwecks Steuerersparnis Russe geworden ist, und die Wahlschweizerin Tina Turner, die auf ihren US-amerikanischen Pass verzichtet hat. Doch solche Beispiele mit Prominenten vernebeln eher den Blick. Die typischen Interessenten kommen heute aus China, Russland und den früheren Sowjetrepubliken. Dort gibt es jede Menge Millionäre und wenig Rechtssicherheit.

«Das hat etwas von Prostitution»

Um all diese globalen Bürger buhlen Dutzende von Ländern. Schon 1986 nahm Kanada als erste grosse Wirtschaftsnation das Modell von St. Kitts and Nevis auf. Das nordamerikanische Land bietet zwar seinen Pass nicht direkt zum Verkauf, aber einen schnellen Weg dort-



Maltas Premier Joseph Muscat bestreitet, dass man mit dem Pass-Handel die Staatskasse sanieren wolle: «Wir schauen nicht auf die Zahlen. Wir wollen, dass die richtigen Leute nach Malta kommen.»

hin. Investoren erhalten das Aufenthaltsrecht und bereits zwei bis drei Jahre später die Möglichkeit zur Einbürgerung. In Europa existieren seit einigen Jahren in Belgien und Grossbritannien ähnliche Überholspuren zum Pass, die stetig verbessert werden. So läuft bei den Briten das Verfahren neuerdings umso schneller, je mehr Millionen der Investor ins Land bringt. Mit Aufenthaltsbewilligungen nebst potenzieller Einbürgerung werben auch Länder wie Hongkong, Singapur oder Dubai sowie eine Reihe osteuropäischer Staaten.

Schlagzeilen macht jetzt die Mittelmeerinsel Malta. Das EU-Land bietet die Staatsbürgerschaft ohne lange Wartefristen an, für 650 000 Euro. Die Summe wird nicht etwa als private Investition verbucht, sondern à fonds perdu. Für ein paar tausend Euro zusätzlich gibt es auch die Aufenthaltsbewilligung für den Butler. So offen und klar hat noch nie eine Regierung mit dem Pass gewedelt. Entworfen wurde das Programm von der Schweizer Niederlassung von Henley & Partners, unter der Federführung des Zürcher Juristen Christian Kälin (NZZaS, 17. 11. 2013).

Drew Markson, Experte für Offshore-Investment, wies auf das Anrühige des Konzepts hin. «Das hat etwas von Prostitution», sagte der Professor der kalifornischen Thomas Jefferson School of Law am Rande der Konferenz in Miami. Dennoch verteidigte er das Vorgehen Maltas als normale ökonomische Transaktion: Geld gegen Leistung.

Als irrational kritisierte Markson hingegen die herkömmlichen Mechanismen zum Erwerb der Staatsbürgerschaft. Dazu zählt er die amerikanische Praxis, das Bürgerrecht mit der Geburt auf US-Boden zu verleihen, oder die geltende Regelung in Deutschland, wonach die im Ausland lebenden Nachkommen von Deutschen auch dann noch mit einem Gratis-Pass beglückt werden, wenn sie längst keinen Bezug mehr zu Land und Sprache haben. Eine solche Art der Passvergabe bezeichnete Markson als «Beleidigung für die Intelligenz».

Maltas Premierminister Joseph Muscat sieht sich demgegenüber als Vorreiter eines neuen und rationaleren Umgangs mit dem Thema Staatsbürgerschaft. «Wir streben einen eher exklusiven Klub an», erläuterte Muscat im Interview am Rande der Fachkonferenz. Der Labour-Politiker betonte, keinesfalls die Staatskasse mit dem Verkauf von Pässen sanieren zu wollen: «Wir schauen nicht auf die Zahlen. Vielmehr wollen wir, dass die richti-

ge Leute nach Malta kommen.» Den nach der Insel benannten Maltaserorden sieht Muscat als Vorbild. So wie einst der mittelalterliche Orden besonders ehrenwerte Ritter anzog, soll der jetzt angebotene Pass Malta zu neuer Blüte verhelfen. «Wir wollen ganz nach oben», sagte Muscat.

Viele Regierungen beobachten Maltas Experiment auch darum genau, weil der Inselstaat mit dem Anspruch auftritt, es besser zu machen als alle bisherigen Länder. Zu oft gab es schwere Pannen. In Österreich, Europas Pionier in der Verleihung des Bürgerrechts an gewichtige Ausländer, kam es in mehreren Fällen zu Schmiergeldzahlungen, begünstigt durch unklare Gesetze und Entscheidungen im Hinterzimmer. Gemauschelt wurde auch in Montenegro. Der Balkanstaat verlieh dem 2006 gestürzten und später verurteilten Premierminister Thailands, Thaksin Shinawatra, das Bürgerrecht. In beiden Ländern sind seit diesen Skandalen die wirtschaftlich motivierten Einbürgerungen ausgesetzt.

Neue Konkurrenz für die Schweiz

Malta zeigt sich hingegen überzeugt, bald Nachahmer zu finden. Diese Meinung wurde auch von vielen Teilnehmern der am Freitag beendeten Konferenz in Miami geteilt. «Wenn Malta das gut macht und keinen Halunken reinlässt, dann werden weitere Länder kommen», sagte Peter Krummenacher, Jurist und Partner des Schweizer Geschäfts von Henley & Partners. Krummenacher sieht einen langfristigen Trend, den Erwerb der Staatsbürgerschaft zu erleichtern. Zugleich werde die Überprüfung der Bewerber verbessert und verschärft.

Betroffen wäre davon auch die Schweiz, der sichere Hafen par excellence für Millionäre. Sie verkauft sich entgegen der landläufigen Auffassung überaus teuer. So müssen etwa Ausländer im Kanton Waadt mindestens 450 000 Franken Pauschalbesteuerung jährlich abführen, um überhaupt in den Genuss einer wirtschaftlich motivierten Niederlassung zu kommen. Über die Jahre zahlen ausländische Investoren in der Schweiz damit das Mehrfache des Betrages, zu dem in anderen Ländern gleich der Pass zu haben ist.

Das zeigt laut Krummenacher, dass die Entscheidung für oder gegen ein bestimmtes Land nicht nur nach steuerlichen Erwägungen fällt. «Das ist vom Lifestyle geprägt», resümierte der Jurist. Die wohlhabenden Auslän-

der würden sich letztlich das Land suchen, das zu ihnen passe.

In diesem Wettbewerb um die besten Millionäre ist die Schweiz zunehmend Konkurrenz ausgesetzt, so der Befund von Edgar van Schaik. Er ist das Schweizer Gegenstück zum karibischen Immobilienmakler Scanlan. Nur spielt van Schaik in einer höheren Liga. Der frühere Mitarbeiter des Uhrenpioniers Nicolas G. Hayek hat die teuerste Schweizer Liegenschaft im Angebot, ein Penthouse für 85 Millionen Franken in Vevey. Dieses und Dutzende weiterer Immobilien sind für reiche Franzosen, Russen oder Araber konzipiert, die über ein zweites Standbein in der Schweiz verfügen wollen - wenn sie denn dürfen.

«In der Schweiz machen wir es den Ausländern sehr, sehr schwer», klagt van Schaik. Er verweist auf die Lex Koller und die Zweitwohnungsinitiative. Der gebürtige Niederländer empfiehlt deshalb auch der Schweiz einen «rationaleren Umgang» mit dem emotionalen Thema der Staatsbürgerschaft - bis hin zur Vergabe des Schweizer Passes für verdiente Investoren. Die Furcht vor Überfremdung wische er mit Pragmatismus vom Tisch: «Die Ausländer kommen sowieso. Aber wir haben die Chance, auszusuchen, welche Art von Ausländern wir wollen.»

ANZEIGE


KULM HOTEL
ST. MORITZ

Pioniergeist seit 1856

**“OUR HERITAGE:
 150 YEARS OF
 WINTER SPORTS”**

 Erleben Sie unseren Bergwinter
 www.kulm.com

 Tel. +41 81 836 80 00 · www.kulm.com